

Das Kausalitätsprinzip bei gesetzlichen und vertraglichen
Obliegenheitsverletzungen im VVG

Po-Chun Liao

Das Kausalitätsprinzip bei gesetzlichen und vertraglichen Obliegenheitsverletzungen im VVG

Entwicklung und Fortführung

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 978-3-96138-149-4

© 2019 Wissenschaftlicher Verlag Berlin

Olaf Gaudig & Peter Veit GbR

www.wvberlin.de

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung, auch einzelner Teile, ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Dies gilt insbesondere für fotomechanische Vervielfältigung sowie Übernahme und Verarbeitung in EDV-Systemen.

Druck und Bindung: SDL – Digitaler Buchdruck, Berlin

Printed in Germany

EUR 58,00

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 17/18 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin als Dissertation angenommen. Diese Arbeit wurde im Wintersemester 16/17 im Fachbereich vorgelegt. Der Literaturstand wurde zuerst umfassend bis zum 30. September 2016 berücksichtigt. Für die Veröffentlichung wurden Literatur und Rechtsprechung nur in Auswahl bis zum 31. August 2018 aktualisiert, damit die wesentlichen Entwicklungen der Rechtspraxis berücksichtigt werden konnten und somit die Struktur der Arbeit nicht geändert werden musste.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Univ.-Prof. a.D. Dr. Helmut Schirmer, der das Thema anregte und mich in vielfältiger Weise förderte. Herr Prof. Dr. Schirmer ist der Altmeister für das deutsche Versicherungsrecht. Seine langjährigen Erfahrungen in der Wissenschaft und seine Leidenschaft in der Forschung sind für einen ausländischen Doktoranden im Versicherungsrecht besonders hilfreich. Er war der einzige Ansprechpartner zu dem Thema während meiner Promotion. Er war immer verständnisvoll bei den von mir gestellten Fragen. Die von mir vorgebrachten aber unvollkommenen Argumente hörte er sich immer bereitwillig an, und mich sodann darüber ausführlich aufzuklären.

Herrn Univ.-Prof. Dr. Christian Armbrüster danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens und die Übernahme des Vorsitzes der Prüfungskommission. An dieser Stelle möchte ich mich auch für seine Betreuung während meines Studiums an der FU Berlin bedanken. Die von ihm angebotenen Kurse im Bereich des Privatversicherungsrechts waren für einen ausländischen Studierenden besonders hilfreich, insbesondere um in das komplizierte deutsche Privatversicherungsrecht einzusteigen.

Bedanken möchte ich mich auch bei dem Erziehungsministerium der Republik China auf Taiwan für das zweijährige Promotionsstipendium.

Ganz herzlich danke ich Herrn RA Kurt Rosenthal für das geduldige Korrekturlesen meines Manuskripts für die Veröffentlichung. Ebenso danke ich den Herren Dr. Klement Ruey-Sheng Gu, Rene Kluge, Marcus Matzke, RA Dr. Matthias Kuballa und Herrn RA Habip Buz, die mich in Berlin während meines Studiums freundschaftlich unterstützt und mir hier viel geholfen haben.

Gewidmet ist diese Arbeit meinen Eltern bzw. meiner Familie, insbesondere meinem verstorbenen Vater, Hong-Ming Chang (geb. Liao). Ohne die umfangreichen Unterstützungen meiner Eltern und meiner Schwester wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen.

Berlin, im April 2019

Po-Chun Liao

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
abzgl.	abzüglich
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AG	Amtsgericht
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz) i.d.F. der Bekanntmachung vom 29.6.2000 (BGBl. I S. 946); aufgehoben seit 1.1.2002
Alt.	Alternative
a.F.	alte Fassung
a.M.	anderer Meinung
Anm.	Anmerkung
AKB	Allgemeine Bedingungen für die Kfz-Versicherung
ARB	Allgemeine Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung
Art.	Artikel
AUB	Allgemeine Unfallversicherungs-Bedingungen
AVB	Allgemeine Versicherungsbedingungen
Az.	Aktenzeichen
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch i.d.F. der Bekanntmachung vom 2.1.2002 (BGBl. I S. 42)
BGBI.	(deutsches) Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BK	Berliner Kommentar zum Versicherungsvertragsgesetz, 1999
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
bzw.	beziehungsweise
ders.	derselbe

d.h.	das heißt
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
E	Entscheidung; Entwurf
etc.	et cetera
f.	folgend
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1979 (BGBl. S. 1)
ggf.	gegebenenfalls
h.M	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.S.	im Sinne
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
JZ	Juristenzeitung
JW	Juristische Wochenschrift
KfZ	Kraftfahrzeug
KfzPflVV	Verordnung über den Versicherungsschutz in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (Kraftfahrzeug-Pflichtversicherungsverordnung – KfzPflVV) vom 29.7.1994 (BGBl. I S. 1837)
KG	Kammergericht
Krit.	Kritik
LG	Landgericht
m.Anm.	mit Anmerkung
MB/KK	Musterbedingungen für die Krankheitskosten- und Krankenhaustagegeldversicherung
MB/KT	Musterbedingungen für die Krankentagegeldversicherung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
M&S-Reifen	Matsch und Schnee Reifen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen

n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NVersZ	Neue Zeitschrift für Versicherung und Recht
NZV	Neue Zeitschrift für Versicherungsrecht
ÖBGBl.	(österreichisches) Bundesgesetzblatt
OLG	Oberlandesgericht
ÖVVG	(österreichisches) Bundesgesetz vom 2.Dezember 1958 über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz) (ÖBGBl. 1953/133)
PflVG	Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter (Pflichtversicherungsgesetz) vom 5.4.1965 (BGBl. I S. 213)
PKW	Personenkraftwagen
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungssammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RGBL.	Reichsgesetzblatt
Rn.	Randnummer
RuS	Recht und Schaden
S.	Seite; Siehe; Satz
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannt
StGB	Strafgesetzbuch (StGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322)
StVG	Straßenverkehrsgesetz
u. ä.	und ähnlich
u.U.	unter Umständen
usw.	und so weiter
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
VersRdsch	Die Versicherungsrundschau (Österreich)
VGB	Allgemeine Wohngebäude-Versicherungsbedingungen
VHB	Allgemeine Hausrat- Versicherungsbedingungen
vgl.	vergleiche
VN	Versicherungsnehmer
Vorbem.	Vorbemerkung

VR	Versicherer
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag
VVG 2008	Gesetz über den Versicherungsvertrag vom 23. November 2007 (BGBl. I S. 2631)
VVG 1908	Gesetz über den Versicherungsvertrag vom 30. Mai.1908 (RGBl. 263)
VVGE	Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Versicherungsvertragsrechts
VVG-Reform	Gesetz über den Versicherungsvertrag in der von der Kommission vorgesehenen Fassung und Regierungsentwurf
VW	Versicherungswirtschaft
z.B.	zum Beispiel
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
zfs	Zeitschrift für Schadensrecht
Ziff.	Ziffer
Zit.	Zitiert
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft

Inhaltsverzeichnis

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	VII
EINFÜHRUNG	1
A. Problemstellung und Ziel der Untersuchung	1
B. Umfang und Forschungsgegenstand der Untersuchung	5
ERSTER TEIL: EINFÜHRUNG UND ENTWICKLUNG DES KAUSALITÄTSPRINZIPS BEI OBLIEGENHEITSVERLETZUNG IM VVG	9
1. KAPITEL: GRUNDLAGEN	10
A. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers im VVG	10
I. Keine gesetzliche Definition der Obliegenheiten	10
II. Funktion der Obliegenheiten.....	11
III. Rechtsnatur der versicherungsrechtlichen Obliegenheiten	14
IV. Zwischenergebnis	16
B. Rechtsfolge der Obliegenheitsverletzung	17
I. Leistungsverweigerungsrecht bzw. Leistungskürzungsrecht des Versicherers.....	17
II. Vertragsauflösungsrecht des Versicherers.....	22
III. Schadensersatz	24
IV. Vertragsstrafe.....	26
C. Gesetzliche Kriterien zur Einschränkung der Verwirkungsrechtsfolge bei Obliegenheitsverletzungen	28
I. Alles-oder-Nichts Prinzip und dessen Durchbrechung	28
1. Alles-oder-Nichts Prinzip bei Obliegenheitsverletzungen	29
2. Abmilderung des Alles-oder-Nichts Prinzips zum Schutz des Versicherungsnehmers.....	30
a. Grundgedanke der Korrektur	30
b. Verschuldenserfordernis	32
c. Kausalitätserfordernis	35

d. Kausalitätserfordernis einerseits und Quotelung andererseits im neuen VVG ...	40
aa. Rechtspolitische Entscheidung des Reformgesetzgebers	40
bb. Auswirkung des neuen Sanktionssystems auf den Leistungsumfang	42
3. Rechtspolitische Würdigung	43
II. Kausalitätsprinzip als erforderliches Kriterium zur Leistungsfreiheit des Versicherers	47
1. Begriff der Kausalität bei der Obliegenheitsverletzung	48
a. Vertragsbezogene Kausalität.....	48
aa. Vertragsbezogene Kausalität bei Vertragsabschluss	48
bb. Vertragsbezogene Kausalität bei Veräußerung der versicherten Sache	50
b. Versicherungsfallkausalität	51
c. Ergebnis	51
2. Anforderung an die Kausalitätsfeststellung und die Zurechnungsfrage	53
a. Äquivalenztheorie und Adäquanztheorie	53
b. Rechtswidrigkeitszusammenhang	54
3. Kausalitätserfordernis im prozessualen Sinn.....	57
a. Beweislast für die Kausalität	57
aa. Kausalitätsgegenbeweis des Versicherungsnehmers	57
bb. Inhalt des Beweises	58
cc. Kritik an der Terminologie in der Literatur	59
b. Zulässigkeit eines teilweisen Kausalitätsgegenbeweises	60
aa. Wille des Gesetzgebers und herrschende Meinung	60
bb. Meinungen zum Ausschluss eines teilweisen Kausalitätsgegenbeweises ...	61
c. Stellungnahme (Zwischenergebnis).....	62
4. Abgrenzung	63
a. Kausalität bei Eintritt des Versicherungsfalls	63
b. Kausalität bei Risikoausschluss.....	65
c. Ergebnis	69
III. Gesetzlicher Anwendungsbereich der Versicherungsfallkausalität	69
1. Entwicklung der Gesetzgebung	69
a. Vergleichende Übersicht.....	69
b. Ergebnis des Vergleichs	72
aa. Kausalitätsprinzip im VVG 1908	72
bb. Kausalitäts- und Kausalitätsgradprinzip im VVG 1939	73
cc. Kausalitätsgradprinzip im VVG 2008.....	75
2. Kausalitätsfragen im Bereich der vertraglichen Obliegenheiten	76

a. Obliegenheitsverletzung vor Eintritt des Versicherungsfalls	76
aa. Verletzung der Gefahrvorbeugenden Obliegenheiten	77
bb. Verletzung der Vertragsgefahr mindernden Obliegenheiten.....	80
b. Obliegenheitsverletzung nach Eintritt des Versicherungsfalls	84
3. Kausalitätsfragen im Bereich der gesetzlichen Obliegenheiten.....	87
a. Vorvertragliche Anzeigepflicht	87
b. Gefahrerhöhung.....	89
c. Rettungspflicht	91
d. Anzeige- und Auskunftspflicht nach dem Versicherungsfall	92
IV. Zwischenergebnis	93

2. KAPITEL: FORTENTWICKLUNG DES KAUSALITÄTSPRINZIPS IM RAHMEN DER RICHTERLICHEN RECHTSFORTBILDUNG..... 95

A. Einleitung.....95

I. Einschränkung der Leistungsfreiheit nach dem Grundsatz von Treu und Glauben gemäß § 242 BGB	95
II. Fallgruppen zur Kasuistik	97
1. Relevanzrechtsprechung des BGH	97
2. Kausalitätsprüfung bei Verletzung einer vertragsgefahr mindernden Obliegenheit ...	98

B. Anwendbarkeit und Auswirkungen der Relevanzrechtsprechung..... 101

I. Grundsätze zur Anwendbarkeit der Rechtsprechung	101
1. Bei vorsätzlicher Verletzung einer nach Eintritt des Versicherungsfalls zu erfüllenden Obliegenheit im Sinne des § 6 Abs. 3 VVG a.F.....	101
2. Ausgangspunkt: Folgenlosigkeit einer vorsätzlichen Obliegenheitsverletzung.....	101
a. Bedeutung der Folgenlosigkeit	102
aa. Auffassung des BGH	102
bb. Auffassung der Literatur.....	102
b. Beweislast der Folgenlosigkeit.....	103
3. Die maßgeblichen Kriterien: Objektive und subjektive Relevanz	104
a. Objektive Relevanz: Bei ernsthafter Interessengefährdung des Versicherers..	105
b. Subjektive Relevanz: Erhebliches Verschulden des Versicherungsnehmers ...	107
aa. Bedeutung des erheblichen Verschuldens	107
bb. Auslegung des BGH	107
cc. Fragen nach Abstufung des Vorsatzbegriffes	109

(1) Meinungsstand im Schrifttum	109
(2) Stellungnahme.....	110
II. Auswirkungen der Relevanzrechtsprechung auf die einzelnen Versicherungszweige und bestimmte Obliegenheiten.....	111
1. Einzelne Versicherungszweige außer der Kfz-Haftpflichtversicherung	112
2. Bestimmte Obliegenheiten.....	113
a. Vertragliche Obliegenheit vor dem Versicherungsfall	114
b. Rettungspflicht	114
c. Anzeigepflicht bei der Veräußerung der versicherten Sache.....	115
C. Begriff und Rechtfertigung des Relevanzerfordernisses – Vergleich mit dem Kausalitätserfordernis im Obliegenheitsrecht des VVG.....	117
I. Meinungsstand zum Relevanzerfordernis im Verhältnis zum Kausalitätsprinzip vor der VVG-Reform.....	118
1. Verdeckte Kausalitätsprüfung: „contra legem“.....	118
2. Auswirkung der verringerten Kausalitätsprüfung	121
II. Eigene Stellungnahme zum Thema „Relevanzerfordernis contra Kausalitätserfordernis“	122
1. Feststellung der Folgenlosigkeit der Obliegenheitsverletzung	123
a. Abstrakte Gefährdung der Interessen des Versicherers nach dem Relevanzerfordernis.....	123
b. Benachteiligung der Interessen des Versicherers nach dem Kausalitätserfordernis.....	125
2. Umfang der Leistungsfreiheit.....	126
a. Relevanzabhängige Leistungsfreiheit	126
b. Kausalitätsabhängige Leistungsfreiheit	128
3. Ergebnis der vergleichenden Betrachtung.....	129
a. Zweckidentität zwischen beiden Begriffen	130
b. Disparität zwischen beiden Begriffen wegen ungleichmäßigen Maßstabs	132
III. Schicksal der Relevanzrechtsprechung im Verhältnis zum Kausalitätsprinzip im geltenden VVG	133
1. Überblick zur Problematik.....	133
2. Meinungsstand im Schrifttum	134
a. Auffassung zur Umdeutung der Relevanztheorie	134
aa. Der an abstrakte Interessengefährdung orientierte Kausalitätsmaßstab	134
bb. Kausalität im eigentlichen Sinne: Relevanz der Gefahr	135

b. Auffassung zum Ersatz durch das konkrete Kausalitätserfordernis.....	136
aa. Literatur.....	137
bb. Rechtsprechung.....	139
c. Der an konkrete Gefährdung orientierte Kausalitätsmaßstab bei der Auskunfts- und Aufklärungsobliegenheitsverletzung.....	141
3. Stellungnahme.....	143
a. Kein Widerspruch zwischen dem Wortlaut des § 28 Abs. 3 S. 1 VVG und der Gesetzesbegründung.....	143
b. Kein durch das Relevanzfordernis umgedeutetes Kausalitätserfordernis im geltenden VVG.....	145
c. Anwendbarkeit der Relevanzrechtsprechung nach geltendem VVG.....	147
4. Besonderer Fall: Anzeigepflicht bei Veräußerung der versicherten Sache	149
D. Resümee und Ausblick	150

ZWEITER TEIL: FORTFÜHRUNG DES KAUSALITÄTSPRINZIPS IM NEUEN VVG

153

3. KAPITEL: VERSICHERUNGSFALLKAUSALITÄT BEI EINER GEFAHRVORBEUGENDEN- UND SCHADENS- MINDERNDEN OBLIEGENHEITSVERLETZUNG

154

A. Gesetzliches Kausalitätserfordernis im § 28 Abs. 3 VVG

154

B. Kausalitätserfordernis bei Verletzung einer gefahrvorbeugenden Obliegenheit

155

I. Verletzung der gefahrvorbeugenden Obliegenheiten vor Eintritt des Versicherungsfalls..	156
II. Führung des Kausalitätsgegenbeweises in der Sachversicherung	157
1. Verletzung der Sicherheitsvorschriften in der Feuer- und Wohngebäudeversicherung.....	158
2. Verletzung der Sicherheitsvorschriften in der Hausratversicherung.....	160
III. Führung des Kausalitätsgegenbeweises in der Kfz-Versicherung	162
1. Verletzung der Führerscheinklausel	162
2. Verletzung der Verwendungs- und Schwarzfahrerklausel	164
3. Verletzung der Fahrtüchtigkeitsklausel in der Kfz-Haftpflichtversicherung.....	165
4. Verletzung sonstiger gefahrvorbeugenden Obliegenheiten.....	168
IV. Parallellfall: Kausalitätsfrage bei Verletzung der gesetzlichen Gefahrstandspflicht im Sinne des § 26 Abs. 3 Nr. 1 VVG	169

1. Leistungsfreiheit bei Verletzung der gesetzlichen Gefahrstandspflicht	169
2. Ausgewählter Beispielfall – Benutzung eines verkehrsunsicheren Kraftfahrzeuges	171
a. Vorliegen einer Gefahrerhöhung.....	171
b. Führung des Kausalitätsgegenbeweises	172
V. Zwischenergebnis	173
C. Kausalitätserfordernis bei Verletzung einer schadensmindernden Obliegenheit .	174
I. Gesetzliche und vertragliche Schadensminderungsobliegenheit	174
II. Führung des Kausalitätsgegenbeweises bei Verletzung der Rettungspflicht im Sinne des § 82 Abs. 4 VVG	176
III. Führung des Kausalitätsgegenbeweises bei Verletzung der vertraglichen Schadensminderungsobliegenheit in der Unfallversicherung	179
D. Fazit.....	180
4. KAPITEL: VERSICHERUNGSFALLKAUSALITÄT BEI INFORMATIONSBEOZUGENEN UND SONSTIGEN OBLIEGENHEITSVERLETZUNGEN	181
A. Anzeige des Versicherungsfalls	181
I. Spontan zu erfüllenden Obliegenheiten.....	181
II. Rechtsfolgen der Verletzung einer Anzeigeobliegenheit	182
1. Vertragliche Leistungsfreiheitsvereinbarung als Verletzungsrechtsfolge.....	182
2. Fragen nach der Führung des Kausalitätsgegenbeweises.....	183
a. Feststellungsinteressen des Versicherers	183
b. Kausalität für die Feststellung des Versicherungsfalls und der Leistungspflicht des Versicherers.....	184
3. Gesetzlicher Einschränkungstatbestand zur vereinbarten Leistungsfreiheit gemäß § 30 Abs. 2 VVG	186
a. Normzweck und Grundzüge des § 30 Abs. 2 VVG	186
b. Tatbestand „Rechtzeitigkeit“: eine Auslegungsfrage zur Kausalität.....	187
c. Verhältnis zwischen § 30 Abs. 2 VVG und § 28 Abs. 3 VVG: Eine spezielle Regelung des Kausalitätsprinzips?	188
d. Stellungnahme	189
B. Auskunfts- und Aufklärungspflicht nach Eintritt des Versicherungsfalls.....	190
I. Zweck und Inhalt der Auskunfts- und Aufklärungspflicht	190
II. Fragen nach der Führung des Kausalitätsgegenbeweises.....	192

1. Beeinträchtigung der Aufklärungs- bzw. Feststellungsinteressen des Versicherers..	193
a. Fehlendes Aufklärungsbedürfnis bei bestehender Kenntnis des Versicherers? .	194
aa. Meinungsstand.....	194
bb. Stellungnahme	196
b. Kausalität für die Feststellung des Versicherungsfalls oder der Leistungspflicht des Versicherers	197
c. Kausalität für den Umfang der Leistungspflicht.....	198
2. Falsche oder unvollständige Angaben bei der Schadensanzeige	199
3. Berichtigung falscher Angaben	201
4. Zwischenergebnis	203
III. Sonderfall: Verletzung der Aufklärungs- oder Auskunftspflicht durch weitere Verhaltensanforderungen	204
1. Obliegenheit zur Einreichung der Stehlgutliste	204
a. Bei dem Versicherer	204
aa. Zweck der Obliegenheit	204
bb. Fragen nach der Führung des Kausalitätsgegenbeweises	205
b. Bei der Polizei	205
aa. Zweck der Obliegenheit	205
bb. Stellungnahme	208
cc. Fragen nach der Führung des Kausalitätsgegenbeweises	209
2. Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort und Wartepflicht.....	212
a. Bedeutung und Zweck der Obliegenheit.....	212
aa. Annahme einer Aufklärungspflichtverletzung trotz fehlender Voraussetzungen des Tatbestandes des § 142 StGB.....	214
bb. Stellungnahme	215
b. Feststellung des Verschuldensgrads	217
c. Fragen nach der Führung des Kausalitätsgegenbeweises	218
3. Veränderungsverbot der Schadensstelle.....	222
C. Obliegenheiten zur Verminderung der Vertragsgefahr (subjektives Risiko)	223
I. Vertragsgefahrmindernde Obliegenheit vor Eintritt des Versicherungsfalls	223
1. Vertragsgefahrmindernde Obliegenheitsverletzung im Verhältnis zu dem versicherungsfallbezogenen Kausalitätserfordernis	224
2. Lösungsmöglichkeit in der Literaturdiskussion	226
a. Anerkennung der speziellen Anforderungen an den Kausalitätsgegenbeweis	226

b. Führung des Kausalitätsgegenbeweises stets nach dem konkreten versicherungsfallbezogenen Maßstab	228
3. Parallellfall: Verschweigen oder Falschanzeige der vertragsgefährerheblichen Umstände bei Vertragsabschluss	229
4. Stellungnahme	231
a. Unterschied zwischen der Verminderung der Erhöhung der Vertragsgefahr und der Anzeige der vertragsgefährerheblichen Umstände	231
b. Beweis der fehlenden Kausalität bei Verletzung der Anzeigepflicht bezüglich des vertragsgefährerheblichen Umstands im Sinne des § 21 Abs. 2 VVG	232
aa. Kein Einfluss auf Eintritt oder Feststellung des Versicherungsfalls	233
bb. Fragen nach dem Einfluss auf die Feststellung oder den Umfang der Leistungspflicht des Versicherers	233
c. Beweis der fehlenden Kausalität bei Verletzung der vertragsgefahrmindernden Obliegenheit	234
II. Vertragsgefahrmindernde Obliegenheit nach Eintritt des Versicherungsfalls.....	236
D. Fazit.....	239

5. KAPITEL: DAS ARGLISTIGE VERHALTEN DES VERSICHERUNGSNEHMERS..... 240

A. Arglist als eine spezielle Verschuldensform im Obliegenheitsrecht des geltenden VVG	240
I. Reichweite des Arglistbegriffs bei Fehlverhalten des Versicherungsnehmers	241
1. Allgemeines zum arglistigen Verhalten des Versicherungsnehmers	241
a. Abgrenzung zwischen Arglist und Vorsatz.....	241
b. Arglist und die arglistige Täuschung	242
aa. Täuschungsabsicht	242
bb. Betrugsabsicht	244
cc. Fragen nach dem Einwirkungswillen des Versicherungsnehmers	245
c. Die vom Benachteiligungs-, Schädigungs- oder Verschleierungsvorsatz ausgehende Auslegung	246
2. Einzelheiten zum arglistigen Verhalten des Versicherungsnehmers	248
a. Verbal zu erfüllenden Obliegenheiten.....	248
aa. Objektive falsche Angaben	248
bb. Angaben „ins Blaue hinein“	251
cc. Verschweigen der Mehrfachversicherung	252

dd. Verschweigen oder Bagatellisierung von Vorschäden.....	252
ee. Berichtigung von Falschangaben.....	253
b. Bei den durch tatsächliches Verhalten zu erfüllenden Obliegenheiten.....	255
aa. Obliegenheiten vor Eintritt des Versicherungsfalls	255
bb. Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalls.....	257
II. Problematik zur Beurteilung der Arglistfälle – unerlaubtes Entfernen vom Unfallort...258	
1. Meinungsstand in den Instanzrechtsprechungen	259
a. Pauschale Gesamtbetrachtung zur Annahme von Arglist	259
b. Einzelfallbezogene Betrachtung zur Annahme von Arglist	262
c. Kausalitätsprüfung vorrangig gegenüber der Annahme des Arglistvorwurfs	265
2. Entscheidung des BGH vom 21. 11. 2012.....	266
a. Begriff der Arglist	267
b. Beeinträchtigung des Aufklärungsinteresses des Versicherers (§ 142 Abs. 1 und Abs. 2 StGB).....	267
c. Arglist des Versicherungsnehmers in den Fällen des § 142 Abs. 2 StGB	269
3. Meinungsstand im Schrifttum	269
4. Stellungnahme.....	272
III. Zwischenergebnis.....	274
B. Rechtsfolge bei arglistigem Verhalten des Versicherungsnehmers	
im Bereich des Obliegenheitsrechts	276
I. Leistungsfreiheit des Versicherers.....	276
1. Durch eine vertragliche Verwirkungsbestimmung	276
2. Aus dem Grundsatz von Treu und Glauben gemäß § 242 BGB	279
II. Exkurs: Frage nach den Rechtsfolgen des arglistigen Verhaltens nach Deckungsablehnung	279
1. Problemstellung	279
2. Meinungsstand	280
a. Herrschende Meinung	280
b. Berichtigungsobliegenheit nach Wiederaufnahme der Regulierung.....	283
c. Gegenmeinungen	283
3. Stellungnahme.....	284
a. Grundlage der versicherungsrechtlichen Vertragstreue	285
b. Reichweite der vertraglichen Verwirkungsbestimmung	288
c. Freiwillige Auskünfte des Versicherungsnehmers bei Antrag auf Wiederaufnahme der Regulierungsprüfung.....	289

d. Keine praktische Bedeutung der Berichtigungspflicht des Versicherungsnehmers	290
e. Möglichkeit der Verwirkung des Anspruchs auf die Versicherungsleistung aus § 242 BGB	291
III. Anfechtung des Versicherungsvertrags nach § 22 VVG	292

C. Ausschluss des Kausalitätserfordernisses

bei arglistiger Obliegenheitsverletzung293

I. Rechtspolitische Erwägungen293

1. Spannungsfeld zwischen Generalprävention und bedarfsgerechtem Versicherungsschutz	294
2. Stellungnahme	294

II. Gesetzlicher Anwendungsbereich295

1. Verletzung der vertraglichen Obliegenheit und der Rettungspflicht.....296

a. Kausalitätsunabhängige Leistungsfreiheit gemäß § 28 Abs. 3 S. 2 und § 82 Abs. 4 S. 2 VVG	296
b. Kausalitätsgegenbeweis trotz arglistiger Obliegenheitsverletzung?	296
aa. Meinungsstand.....	297
bb. Stellungnahme	298

c. Einschränkung der kausalitätsunabhängigen vollständigen Leistungsfreiheit bei einer arglistigen folgenlosen Obliegenheitsverletzung

aa. Meinungsstand.....	299
bb. Stellungnahme	301

2. Vorvertragliche Anzeigepflichtverletzung.....303

a. Leistungspflicht des Versicherers trotz wirksamen Rücktritts vom Versicherungsvertrag gemäß § 21 Abs. 2 S. 1 VVG

b. Ausschluss des Kausalitätserfordernisses bei Ausübung des Rücktrittsrechts durch den Versicherer (§ 21 Abs. 2 S. 2 VVG)

c. Frage nach der Anfechtung des Versicherers wegen arglistiger Täuschung (§ 22 VVG i.V.m § 123 BGB)

aa. Vertragsbezogene Kausalität bei der Arglistanfechtung	306
bb. Keine Leistungspflicht des Versicherers nach Anfechtung	308
cc. Anwendbarkeit der Versicherungsfallkausalität im Sinne des § 21 Abs. 2 VVG auch bei Anfechtung wegen arglistiger Täuschung	308

III. Einführung des Kausalitätserfordernisses

bei Arglist – die umstrittenen Ausnahmefälle	310
--	-----

1. Ausnahmefall zum Ausschluss der Kausalität bei Arglist bei Gefahrerhöhung	310
a. Grundsatz: Versicherungsfallkausalität bei Gefahrerhöhung in § 26 Abs. 3 VVG	310
b. Gesetzeslücke oder Sonderregelung in § 26 Abs. 3 VVG	310
aa. Meinungsstand.....	310
bb. Stellungnahme	312
2. Ausnahmefall zum Ausschluss der Kausalität bei Arglist im Falle des § 30 Abs. 2 VVG.....	313
3. Exkurs: Kausalitätsbeweis bei arglistiger Herbeiführung des Versicherungsfalls ...	314
IV. Fazit.....	315
D. Würdigung	315
 DRITTER TEIL: AUSBLICK AUF DIE ZUKÜNFTIGE ANWENDUNG DES KAUSALITÄTSPRINZIPS BEI OBLIEGENHEITSVERLETZUNGEN.....	317
 6. KAPITEL: ZUSAMMENFASSUNG.....	318
A. Grundaussagen.....	318
B. Wesentliche Thesen zur Fortgeltung des Kausalitätsprinzips	319
 LITERATURVERZEICHNIS	XXIII